

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Katrin Helling-Plahr, Stephan Thomae, Jens Beeck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/21973 –**

Weiteres Vorgehen der Bundesregierung in Sachen Sterbehilfe nach dem Beschluss der 2. Kammer des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 20. Mai 2020 – 1 BvL 2/20, Rn. 1 bis 17

Vorbemerkung der Fragesteller

Das Verwaltungsgericht Köln hat über mehrere Verfahren zu entscheiden, in denen die Antragsteller die Erteilung der Erlaubnis zum Erwerb eines letal wirkenden Medikamentes begehren. Das Verwaltungsgericht setzte die Verfahren aus (https://www.vg-koeln.nrw.de/behoerde/presse/Pressemitteilungen/Archiv/2019/27_191119_02/index.php). Es legte dem Bundesverfassungsgericht die Frage vor, ob die Versagung der Erwerbserlaubnis gemäß § 5 Absatz 1 Nummer 6 des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG) i. V. m. Anlage III mit Artikel 2 Absatz 1 und Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes (GG) vereinbar ist, wenn mit den erworbenen Medikamenten ein Suizid vorgenommen werden soll. Am 20. Mai 2020 hat das Bundesverfassungsgericht die Vorlagebeschlüsse als unzulässig zurückgewiesen (BVerfG, Beschluss vom 20. Mai 2020 – 1 BvL 2/20).

1. Hat die Bundesregierung eine Rechtsauffassung hinsichtlich der Vereinbarkeit von § 5 Absatz 1 Nummer 6 BtMG i. V. m. Anlage II und Artikel 2 Absatz 1 und Artikel 1 Absatz 1 GG?

Wenn ja, welche?

2. Hat die Bundesregierung eine Bewertung und Auswertung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 20. Mai 2020 vorgenommen (BVerfG, Beschluss vom 20. Mai 2020 – 1 BvL 2/20; 1 BvL 3/20; 1 BvL 4/20; 1 BvL 5/20; 1 BvL 6/20; 1 BvL 7/20)?

Wenn ja, welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung gewonnen?

3. Welche weiteren Schritte plant die Bundesregierung nach dem vorgenannten Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 20. Mai 2020?

4. Wurde die Bundesregierung, ein Bundesministerium oder eine einem Bundesministerium nachgeordnete Behörde in den verwaltungsgerichtlichen Verfahren beteiligt bzw. angehört?

Wenn ja, welche Stellungnahmen wurden in den Verfahren abgegeben?

6. Wie wirkt sich nach Kenntnis der Bundesregierung der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts auf künftige Anträge Betroffener auf Erlaubnis der Erteilung zum Erwerb eines letal wirkenden Medikamentes aus?

Die Fragen 1 bis 4 und 6 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Beim Verwaltungsgericht Köln (VG Köln) sind insgesamt zehn Verfahren, gerichtet auf Erteilung einer betäubungsmittelrechtlichen Erwerbserlaubnis zum Zweck der Selbsttötung, anhängig (Stand: 4. September 2020). Verfahrensführende Stelle ist auf Seiten der Beklagten das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM), eine Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit.

In diesen konkreten Verfahren vertritt das BfArM die Auffassung, dass der Erteilung der begehrten Erlaubnis der Versagungstatbestand des § 5 Absatz 1 Nummer 6 Betäubungsmittelgesetz (BtMG) entgegenstehe. Danach ist die Erteilung einer Erlaubnis zu versagen, wenn die Art und der Zweck des beantragten Verkehrs nicht mit dem Zweck des Betäubungsmittelgesetzes, die notwendige medizinische Versorgung sicherzustellen, vereinbar ist. Gegen die Möglichkeit einer verfassungskonformen Auslegung des § 5 Absatz 1 Nummer 6 BtMG spreche sowohl der Wortlaut der Vorschrift als auch der Wille des Gesetzgebers.

Das VG Köln sah die Frage der Verfassungsmäßigkeit des § 5 Absatz 1 Nummer 6 BtMG in den Verfahren 7 K 8560/18, 7 K 1410/18, 7 K 583/19, 7 K 14642/17, 7 K 8461/18, 7 K 13803/17 als erheblich für die gerichtliche Entscheidung über die vorliegenden Klagen an und setzte diese Verfahren zur Einholung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nach Artikel 100 Absatz 1 des Grundgesetzes aus. Unter anderem führte das VG Köln aus, dass der beantragte Erwerb von Betäubungsmitteln der Anlage III zum Zweck der Selbsttötung nicht der medizinischen Versorgung diene und daher mit der Zweckbestimmung des Gesetzes nicht in Einklang stehe. In der Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte sei anerkannt, dass die notwendige medizinische Versorgung nur die therapeutische Behandlung umfasse, was als Einsatz von Betäubungsmitteln zum Zweck der Heilung von Krankheiten oder der Linderung von Schmerzen oder anderen Beschwerden einschließlich der palliativen Versorgung verstanden werde. Nach dem traditionellen Selbstverständnis der Ärzteschaft gehöre die Hilfestellung zur Verwirklichung eines Suizids nicht zu den ärztlichen Aufgaben, was unter anderem auch aus der Musterberufsordnung der Bundesärztekammer vom 14. Dezember 2018 und den meisten landesrechtlichen Berufsordnungen der Ärzte folge.

Mit Beschluss vom 20. Mai 2020, Aktenzeichen 1 BvL 2/20, 1 BvL 3/20, 1 BvL 4/20, 1 BvL 5/20, 1 BvL 6/20, 1 BvL 7/20, hat die 2. Kammer des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts die Unzulässigkeit der Vorlagen festgestellt (vgl. § 81a Satz 1 Bundesverfassungsgerichtsgesetz – BVerfGG). Eine Entscheidung in der Sache hat das Gericht nicht getroffen. Zur Begründung ihres Beschlusses hat die Kammer ausgeführt, dass die Vorlagen vom 19. November 2019 jedenfalls angesichts der inzwischen ergangenen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 26. Februar 2020 – 2 BvR 2347/15 u. a. – nicht den Anforderungen an die Begründung aus § 80 Absatz 2 Satz 1 BVerfGG genügten. Das Verwaltungsgericht habe seine Vorlagebeschlüsse maßgeblich auf die Erwägung gestützt, dass den Betroffenen nicht zugemutet

werden könne, einen Arzt zu suchen, der bereit sei, die mit der Leistung von Sterbehilfe verbundenen rechtlichen Risiken einzugehen. Es habe dabei maßgeblich auf die Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Hilfeleistung zur Selbsttötung abgestellt, die mit der Feststellung der Unvereinbarkeit des § 217 des Strafgesetzbuches (StGB) in der Fassung des Gesetzes zur Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung vom 3. Dezember 2015 (BGBl I S. 2177) durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26. Februar 2020 sowohl gegenüber Ärzten als auch – de lege lata – gegenüber Organisationen, die gegebenenfalls Zugang zur Sterbehilfe vermitteln könnten, entfallen sei. Da das VG Köln im Übrigen davon ausgegangen sei, dass das ärztliche Standesrecht – auch unabhängig von einer möglicherweise erforderlichen Anpassung des Berufsrechts der Ärzte und Apotheker (vgl. BVerfG, Urteil des Zweiten Senats vom 26. Februar 2020 – 2 BA 2347/15 u. a. – Rn. 306 ff., 331, 334) – einer ärztlichen Begleitung und Unterstützung der Selbsttötung beispielsweise durch ärztliche Verschreibung eines tödlich wirkenden Betäubungsmittels jedenfalls nicht in allen Bundesländern entgegenstehe, stelle sich die Frage nach der Zumutbarkeit der Inanspruchnahme von Sterbehilfe anstelle einer Erlaubnis zum Erwerb eines Betäubungsmittels zur Selbsttötung vor dem Hintergrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 26. Februar 2020 nun anders als zum Zeitpunkt der Abfassung der Vorlagebeschlüsse durch das VG Köln.

Mit der Unzulässigkeitsentscheidung ist das Verfahren der konkreten Normenkontrolle beim Bundesverfassungsgericht abgeschlossen; im Ausgangsverfahren entfällt damit der Aussetzungsgrund (BeckOK BVerfGG/Geißler, 9. Ed. 1.1.2020, BVerfGG § 81a Rn. 14). Unter Berücksichtigung der Gewaltenteilung hat die Bundesregierung den Ausgang der anhängigen Verfahren vor dem VG Köln sowie eventueller Rechtsmittelverfahren zu respektieren. Sie wird Handlungsbedarf, der sich aus diesen Verfahren ergibt, prüfen, sobald die Entscheidungen vorliegen.

In Reaktion auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26. Februar 2020 hat Herr Bundesgesundheitsminister Jens Spahn Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Bereichen angeschrieben, um ihre Stellungnahmen in einen politischen Meinungsbildungsprozess zum Thema einer möglichen Neuregelung der Suizidhilfe einbeziehen zu können.

Auch die Bundesärztekammer und die Ärztekammern beraten über das in der Musterberufsordnung verankerte Verbot der ärztlichen Suizidhilfe. Auch dies ist Ausdruck eines dynamischen Meinungsbildungsprozesses zu einem gesellschaftlich und ethisch sensiblen Thema.

5. Wie wirkt sich nach Kenntnis der Bundesregierung der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts auf den Nichtanwendungserlass des Bundesministers für Gesundheit Jens Spahn gegenüber dem Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte aus?

Zur Frage der Rechtsnatur der Bitte von Herrn Staatssekretär a. D. Stroppe an das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte, Anträge auf Erteilung einer Erlaubnis zum Erwerb einer tödlichen Dosis eines Betäubungsmittels zur Selbsttötung zu versagen, wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 10 der Kleinen Anfrage der Fraktion der FDP „Umgang mit Anträgen von schwer und unheilbar Kranken in extremer Notlage auf Erlaubnis zum Erwerb von Natrium-Pentobarbital“ auf Bundestagsdrucksache 19/9847 verwiesen.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu den Fragen 1 bis 4 und 6 verwiesen.

7. Will die Bundesregierung das Sterbehilferecht nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26. Februar 2020 (BVerfG, Urteil vom 26. Februar 2020 – 2 BvR 2347/15) neu regeln, bzw. geht sie davon aus, dass der Deutsche Bundestag tätig wird (bitte begründen)?

Wenn die Bundesregierung der Auffassung ist, dass es einer neuen Regelung bedarf, hat sie eine Vorstellung davon, wie diese aussehen sollte?

Eine Positionierung der Bundesregierung über das Ob und Wie einer möglichen Neuregelung der Suizidhilfe liegt noch nicht vor. Unabhängig davon bleibt abzuwarten, inwieweit die Abgeordneten des Deutschen Bundestages die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts erneut zum Anlass nehmen, gegebenenfalls über sogenannte Gruppenanträge konkrete Vorschläge für eine Neuregelung der Suizidhilfe zu machen.

8. Wie viele Anträge auf Erlaubnis des Erwerbs von Natrium-Pentobarbital oder anderen Betäubungsmitteln zur Selbsttötung wurden seit Mai 2020 beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte gestellt, und wie viele wurden bereits abgelehnt?

Seit dem 1. Mai 2020 wurden beim BfArM 16 Anträge auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 3 BtMG zum Erwerb eines Betäubungsmittels zum Zweck der Selbsttötung gestellt (Stand: 4. September 2020). Bis zum 1. September 2020 wurden acht dieser Anträge abgelehnt.

9. Wie viele Anträge auf Erlaubnis des Erwerbs von Natrium-Pentobarbital oder anderen Betäubungsmitteln zur Selbsttötung wurden seit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 2. März 2017 insgesamt gestellt, wie viele wurden davon bewilligt, wie viele wurden davon abgelehnt (bitte jeweils nach Datum der Antragstellung, Datum des Eingangs eines Widerspruches, Datum der Entscheidung über den Widerspruch – und mit welchem Ergebnis –, Datum der Zustellung der Klage, Verfahrensstand der Klageverfahren und ggf. Datum der Beendigung des Klageverfahrens aufschlüsseln)?

Seit dem 2. März 2017 wurden beim BfArM insgesamt 190 Anträge auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 3 BtMG zum Erwerb eines Betäubungsmittels zum Zweck der Selbsttötung gestellt. In keinem Fall wurde ein Antrag bewilligt, 119 Anträge wurden abgelehnt. 25 Widersprüche wurden durch Widerspruchsbescheid zurückgewiesen, ein Widerspruch wurde zurückgenommen, acht Widerspruchsverfahren sind noch anhängig (Stand: 4. September 2020). Die weiteren Einzelheiten sind in nachstehender Übersicht angegeben.

Antragsdatum	Datum Eingang Widerspruch	Datum Widerspruchsbescheid	Datum Klageingang	Verfahrensstand Klage	Datum Beendigung des Klageverfahrens
05.03.2017					
07.03.2017					
07.03.2017					
11.03.2017					
12.03.2017	24.09.2018	14.12.2018	17.11.2017	anhängig VG	
13.03.2017	06.11.2018	28.02.2019			
15.03.2017					
21.03.2017					
21.03.2017					
23.03.2017					

Antrags- datum	Datum Eingang Widerspruch	Datum Wider- spruchsbescheid	Datum Kla- geeingang	Verfahrensstand Klage	Datum Beendigung des Klageverfahrens
24.03.2017					
25.03.2017			18.07.2017	abgewiesen	15.02.2019
26.03.2017					
29.03.2017					
30.03.2017					
04.04.2017					
10.04.2017					
18.04.2017					
19.04.2017					
25.04.2017	15.08.2018	02.01.2019			
29.04.2017	16.10.2018	22.01.2019	07.02.2019	anhängig VG	
30.04.2017					
03.05.2017	26.10.2018	12.03.2019			
07.05.2017					
12.05.2017					
18.05.2017					
23.05.2017					
24.05.2017					
30.05.2017					
30.05.2017			23.02.2018	anhängig VG	
02.06.2017					
06.06.2017					
09.06.2017					
09.06.2017					
12.06.2017					
19.06.2017	24.09.2018	07.11.2018	26.10.2017	anhängig VG	
20.06.2017					
22.06.2017					
26.06.2017					
07.07.2017					
08.07.2017					
11.07.2017					
15.07.2017					
26.07.2017					
01.08.2017					
02.08.2017	13.08.2018	Rücknahme			
08.08.2017					
08.08.2017					
09.08.2017	04.09.2018	23.01.2019	26.02.2019	anhängig VG	
10.08.2017					
11.08.2017					
11.08.2017					
13.08.2017	05.09.2018	26.11.2018	03.01.2019	anhängig VG	
14.08.2017					
14.08.2017					
18.08.2017					
19.08.2017					
20.08.2017					
22.08.2017					
31.08.2017					
07.09.2017					

Antrags- datum	Datum Eingang Widerspruch	Datum Wider- spruchsbescheid	Datum Kla- geeingang	Verfahrensstand Klage	Datum Beendigung des Klageverfahrens
14.09.2017					
08.10.2017					
09.10.2017					
09.10.2017					
11.10.2017					
12.10.2017					
17.10.2017					
18.10.2017	17.09.2018	07.11.2018			
19.10.2017					
19.10.2017					
23.10.2017	26.09.2018	15.11.2018			
25.10.2017	22.04.2020	04.05.2020	11.05.2020	Rücknahme	07.07.2020
25.10.2017					
01.11.2017	26.09.2018	26.11.2018	09.01.2019	anhängig VG	
10.11.2017					
15.11.2017					
26.11.2017					
06.12.2017					
11.12.2017					
18.01.2018	17.09.2018	15.11.2018			
23.01.2018					
29.01.2018					
30.01.2018					
11.02.2018					
11.02.2018					
20.02.2018					
25.02.2018	26.09.2018	08.05.2019			
27.02.2018					
01.03.2018					
05.03.2018					
15.03.2018					
16.03.2018					
19.03.2018	18.09.2018	08.11.2018			
20.03.2018					
28.03.2018					
09.04.2018					
10.04.2018					
13.04.2018					
18.04.2018					
23.04.2018					
02.05.2018	15.09.2018	07.11.2018			
03.05.2018					
07.05.2018					
20.06.2018					
19.07.2018	10.01.2019	01.03.2019			
14.08.2018					
20.08.2018					
24.08.2018					
28.08.2018	29.01.2019	04.07.2019			
30.08.2018					
03.09.2018	12.02.2019	15.08.2019	02.10.2019	anhängig VG	

Antrags- datum	Datum Eingang Widerspruch	Datum Wider- spruchsbescheid	Datum Kla- geeingang	Verfahrensstand Klage	Datum Beendigung des Klageverfahrens
12.09.2018					
15.09.2018					
02.10.2018					
15.10.2018					
28.10.2018					
15.11.2018					
16.11.2018					
03.12.2018					
03.12.2018	29.05.2019	01.08.2019			
30.01.2019	09.07.2019	16.09.2019			
06.02.2019					
11.02.2019					
15.03.2019					
10.04.2019					
15.04.2019					
31.07.2019					
16.08.2019					
24.08.2019					
27.09.2019					
30.12.2019					
30.12.2019					
03.02.2020					
03.02.2020					
09.02.2020					
14.02.2020	02.07.2020				
28.02.2020					
28.02.2020					
29.02.2020	17.04.2020	04.05.2020	11.05.2020	Rücknahme	07.07.2020
01.03.2020	08.04.2020	28.04.2020			
02.03.2020					
02.03.2020					
03.03.2020			12.06.2020	anhängig*	
08.03.2020	02.04.2020	28.04.2020			
09.03.2020					
10.03.2020					
10.03.2020					
10.03.2020					
11.03.2020					
13.03.2020					
23.03.2020			12.06.2020	anhängig*	
26.03.2020					
31.03.2020					
03.04.2020	15.07.2020				
06.04.2020	15.07.2020				
08.04.2020	03.07.2020				
16.04.2020					
20.04.2020					
21.04.2020					
21.04.2020					
21.04.2020					
21.04.2020					

Antragsdatum	Datum Eingang Widerspruch	Datum Widerspruchsbescheid	Datum Klageingang	Verfahrensstand Klage	Datum Beendigung des Klageverfahrens
21.04.2020					
21.04.2020					
21.04.2020					
21.04.2020					
21.04.2020					
21.04.2020					
21.04.2020					
22.04.2020					
23.04.2020					
27.04.2020	23.05.2020				
30.04.2020					
04.05.2020					
06.05.2020					
15.05.2020					
22.05.2020	16.07.2020				
26.05.2020	19.08.2020				
10.06.2020					
20.06.2020	31.07.2020				
25.06.2020	03.09.2020				
09.07.2020					
21.07.2020					
22.07.2020					
28.07.2020					
31.07.2020					
21.08.2020					
28.08.2020					
28.08.2020					

* Anträge auf Einstweiligen Rechtsschutz nach § 123 VwGO

(Quelle: BfArM)

10. Hat die Bundesregierung ein oder mehrere externe Gutachten zum Themenkomplex Sterbehilfe bzw. Suizidassistentz in Auftrag gegeben?

Wenn ja, wer ist beauftragt worden, wie lautet die konkrete Untersuchungsfrage, wie hoch ist der jeweilige Auftragswert, wann ist mit der Fertigstellung zu rechnen, und werden die Ergebnisse veröffentlicht?

Wenn nein, plant die Bundesregierung, eine externe Begutachtung bzw. Auswertung auszuschreiben oder zu beauftragen?

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 16 der Kleinen Anfrage der Fraktion der FDP „Meinungsbildung und weitere Planungen der Bundesregierung zur Neuregelung der Sterbehilfe“ auf Bundestagsdrucksache 19/21373 verwiesen.